Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5808

16. 10. 96

Antrag

der Abgeordneten Eckart Kuhlwein, Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Elke Ferner, Norbert Gansel, Angelika Graf (Rosenheim), Horst Kubatschka, Dr. Elke Leonhard, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Renate Rennebach, Dieter Schloten, Horst Sielaff, Sigrid Skarpelis-Sperk, Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Christoph Zöpel, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Friedliche Lösung des Zypern-Konflikts

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die seit 22 Jahren andauernde völkerrechtswidrige Besetzung eines Teils der Republik Zypern führte zu einer spannungsgeladenen Atmosphäre, die sich im Sommer 1996 mehrfach in gewaltsamen Auseinandersetzungen entladen hat. In deren Verlauf wurden im August zwei griechische Zyprioten getötet und zwei Soldaten der VN-Friedenstruppe verletzt. Im September wurde ein türkischer Soldat getötet und ein weiterer lebensgefährlich verletzt, im Oktober wieder ein griechischer Zypriote erschossen.

II. Der Deutsche Bundestag

- drückt den Angehörigen der Opfer sein tiefes Mitgefühl aus,
- verurteilt die Anwendung von Gewalt und insbesondere den in keinem Verhältnis zu den Demonstrationen stehenden Gebrauch von tödlichen Schußwaffen,
- fordert die zuständigen Justizbehörden aller Beteiligten auf, die Anstifter der gewalttätigen Zwischenfälle und die Verantwortlichen für die Tötung und Verletzung von Menschen strafrechtlich zu verfolgen.

III. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Beteiligten,

- künftig alle Provokationen zu unterlassen, die den schwelenden Konflikt eskalieren können,
- Grenzverletzungen bei Protestaktionen rechtzeitig zu unterbinden, um gewaltsame Zusammenstöße zu vermeiden,
- bei unvermeidlichen Spannungen die Verhältnismäßigkeit der Mittel einzuhalten,

- mit der britischen Armee und den VN-Friedenstruppen bei den Bemühungen um einen Abbau der Spannungen zusammenzuarbeiten.

IV. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine umfassende politische Lösung der Zypern-Frage ernsthaft zu unterstützen,
- sich für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen des VN-Generalsekretärs über vertrauensbildende Maßnahmen einzusetzen,
- auf die Regierungen der Türkei und Griechenlands einzuwirken, ihren Einfluß in den jeweiligen zypriotischen Volksgruppen dazu zu nutzen, eine größere Gesprächs- und Kompromißbereitschaft zu erreichen,
- sich im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union für eine europäische Zypern-Initiative zu verwenden,
- die das Zypern-Problem betreffenden Aussagen der „Entschließung zur politischen Lage in der Türkei" des Europäischen Parlaments vom 19. September 1996 in den Gremien der Europäischen Union zu beachten.

Bonn, den 16. Oktober 1996

Eckart Kuhlwein
Dr. Eberhard Brecht
Freimut Duve
Elke Ferner
Norbert Gansel
Angelika Graf (Rosenheim)
Horst Kubatschka
Dr. Elke Leonhard
Markus Meckel
Volker Neumann (Bramsche)
Renate Rennebach
Dieter Schloten
Horst Sielaff
Sigrid Skarpelis-Sperk
Dr. Cornelie Sonntag-Wolgast
Dr. Peter Struck
Margitta Terborg
Josef Vosen
Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Dr. Christoph Zöpel
Rudolf Scharping und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333